

Fraktion der FWG Hohenstein

Hohenstein, 15.12.2025

Vor uns liegt der Haushaltsentwurf 2026.

Das Beste nehme ich vorweg:

Hohenstein erhöht nach derzeitigem Kenntnisstand als einzige Kommune im Untertaunus nicht die Hebesätze Grundsteuer A und B sowie Gewerbesteuer.

Der Ergebnishaushalt ist ausgeglichen. Ein gutes Zeichen.

Erstmals seit mehreren Jahren haben wir wieder einen Investitionshaushalt, der auch umsetzbar ist und umgesetzt wird. Wir investieren in unseren Bauhof, in den dringend notwendigen zentralen Hochbehälter, in die Kläranlage Breithardt, in das Frühwarnsystem Starkregen, in den Hochbehälter in Born sowie in die Baugebiete in Holzhausen und Hennethal.

Der HFA hat sich am 12.11.25 erstmals mit dem HH26 befasst. In einer konstruktiven Atmosphäre wurden eine Vielzahl der Fragen beantwortet. Die noch offenen Punkte wurden vereinbarungsgemäß in den Folgetagen beantwortet. Aus unserer Sicht wäre dieser Haushalt mit dem damaligen Status genehmigungsfähig.

Am 17.11.25 erreichte uns dann eine Mail des Bürgermeisters.

Ich zitiere:

„Seit diesem Montag liegen uns nun die endgültigen Zahlen zur Schlüsselzuweisung sowie zur Kreis- und Schulumlage vor. Leider fallen sie deutlich schlechter aus als die Werte, mit denen wir im September auf Basis der Orientierungszahlen des Landes geplant hatten.“

Seitdem arbeiten wir mit allem Nachdruck daran, den Haushalt weiterhin genehmigungsfähig zu halten und die notwendigen Anpassungen

vorzunehmen. Das wird uns gelingen: Wir planen vertretbare Einsparungen im Aufwand und passen zugleich die Erträge an. So erhöhen wir den Ansatz für die Gewerbesteuer um 100.000 Euro auf einen aus heutiger Sicht realistischen Wert. Außerdem haben wir die Veräußerung des Multifunktionsfahrzeugs des Bauhofs mit 40.000 Euro eingestellt. Aufwandsseitig kürzen wir an einigen Stellen pauschal um 2 %, ausgenommen Abschreibungen und Umlagen.

Diese Überarbeitungen sowie die Einarbeitung in den Haushaltsplan benötigen noch etwas Zeit. Wir hoffen, dass wir die vollständigen Anlagen im Laufe des morgigen Tages bereitstellen können. Uns ist wichtig, dass alle Fraktionen gut informiert sind. Daher biete ich gerne an, an euren Fraktionssitzungen teilzunehmen und insbesondere die neuen Anpassungen zu erläutern,“

Zitat Ende.

Ich habe daraufhin spontan den Bürgermeister zu unserer Fraktionssitzung eingeladen. Wir danken dem Bürgermeister für die umfangreichen Erklärungen zum Haushalt, die uns allesamt überzeugt haben. Bedenklich halten wir auch den fast vollständigen Verbrauch unserer Rücklagen. Dies hätte zwangsläufig dazu geführt, dass in den Folgejahren die Erhöhung der Hebesätze Gesprächsgegenstand wird.

Wir sind dankbar für den Vorschlag der SPD dieses Thema nochmal anzugehen und der Verwaltung Gelegenheit zu geben, den Haushalt nochmals nachzuarbeiten mit dem Ziel die Rücklagen nur bis zu einem Betrag von 500.000€ abzubauen. Dies bedeutet, weitere Einsparungen von rund 300.000€.

Wir haben in der darauf folgenden Fraktionsberatung beschlossen, dem Haushalt mit der Einschränkung bei den Rücklagen und den daraus folgenden Einsparpotentialen zuzustimmen.

Was mich und wahrscheinlich viele Kommunalpolitiker in Hessen stört, ist die Art und Weise wie obere Behörden die Kommunen informieren wohl wissend das landauf landab die Gemeindevertretungen die vorläufigen Haushaltspläne beraten und diskutieren. Die Berechnungsmodi für Einkommenssteuerzuweisungen sind fragwürdig. Sie haben auch direkten Einfluss auf die Schul- und Kreisumlagen. So konnten wir in der Presse lesen das alle umliegenden Kommunen mit der Problematik der umfangreichen Neuberechnungen ihrer Haushaltsentwürfe beschäftigt waren.

Es kann nicht sein, dass immer das letzte Glied erhebliche Nacharbeiten und Korrekturen vornehmen muss, nur weil die oberen Behörden sich zu viel Zeit für ihre eigenen Planungen nehmen.

Das strukturelle Defizit in unserem Haushalt aber auch in den Haushaltsentwürfen unserer Nachbarkommunen ist seit Jahren erkennbar. Das Konnexitätsprinzip – wer bestellt bezahlt – wird seit Jahren von Bund und Land missachtet.

Da sind die 151.000€ vom Land als Soforthilfe nur ein kleiner Beitrag zur Entlastung unserer Finanzen.

Unsere Einnahmen aus der Gewerbesteuer und den Grundbesitzabgaben – Grundsteuer A und B- sind über die Jahre weitgehend stabil, bei der Gewerbesteuer ordentlich steigend. Deshalb lassen wir auch die Hebesätze unverändert stehen. Ob wir das auch in der Zukunft schaffen, ist fraglich angesichts der erheblichen Investitionen in Wasser und Abwasser sowie Straßenbau.

Der Ansatz zur Gewerbesteuer wird um 200.000€ erhöht, um den Ausgleich zu realisieren. Eine gewagte Erhöhung in Anbetracht der anhaltend schwachen Konjunktur. Die derzeitige Einnahme bei der Gewerbesteuer zeigt eine steigende Tendenz, die darauf hindeutet dass unsere Gewerbesteuerzahler steigende Umsätze und damit steigende Gewinne erzielen. Gut für Hohenstein.

Um diesen Ansatz langfristig zu sichern, stellen wir den Antrag für ein Gewerbegebiet an der L3274.

Auch bei unserer Kommune ist in Teilbereichen eine hohe Dynamik der Ausgaben festzustellen.

Seit Jahren achten wir auf die Entwicklung bei den Personalkosten. Auch in den Genehmigungserklärungen des Kreises zum Haushalt wird immer darauf hingewiesen, dass kein zusätzliches Personal installiert werden sollte. Im Haushaltsplan 2026 erkennen wir einen bei einem Gesamtaufwand von 17,67Mio einen Personalkostenanteil von 6,38 Mio. Dies entspricht einer Personalkostensteigerung von über 800.000€ im Vergleich zum Ist-Wert 2024.

2026 kann deshalb nur ein Ausnahmejahr sein. Das zusätzliche Personal für Bauamt und Feuerwehr wird aufgrund des erheblichen Mehraufwandes an Aufgaben von uns mitgetragen. Die Notwendigkeit für dieses zusätzliche Personal ist zweifellos gegeben.

Doch auch beim kommunalen Personalausbau spielen Entscheidungen auf Bundesebene eine entscheidende Rolle. Der Ausbau der Kitabetreuung wurde in Berlin beschlossen, die notwendigen Fachkräfte werden aus der Gemeindekasse bezahlt. Ich erinnere an das Konnexitätsprinzip.

Die Unterdeckung im Kita-Bereich steigt seit Jahren, jetzt auf 2,66 Mio. Eine Steigerung von 560.000€ zum Ist-Ergebnis 2024. Die Planstellen sind auf den gesetzlich festgelegten Rahmen festzuschreiben. Die Entwicklung der Belegungszahlen müssen im Frühjahr eines jeden Jahres analysiert werden.

Und wie geht es jetzt weiter?

Massiv steigende Personalausgaben, starke Kostensteigerungen bei Sachaufwand und Investitionen, hohe Tarifabschlüsse, die neu geschaffenen Stellen – all das lässt sich nicht von heute auf morgen umkehren. Haushaltsdisziplin ist deshalb das Gebot der Stunde.

Das strukturelle Defizit wird uns in den nächsten Jahren verfolgen. Unsere Rücklagen werden von Jahr zu Jahr kleiner. Deshalb müssen wir unbedingt die von der Gemeindevertretung bereits beschlossenen Maßnahmen wie Windenergie und sonstige alternative Energiegewinnung umsetzen, um zusätzliche Einnahmequellen zu generieren. Und zwar schnell. Leider haben wir in den vergangenen Jahren durch das Nichthandeln des ehemaligen Bürgermeisters viel Zeit und Einnahmepotentiale verloren.

Wir brauchen unbedingt eine deutliche Steigerung bei den Einnahmen.

Alle Fraktionen dieses Hauses haben sich sehr ernsthaft mit dem Haushalt auseinandergesetzt und sich mit Ihren Anträgen stark zurückgehalten. Lediglich ein Änderungsantrag und 4 Anträge zum Investitionshaushalt waren zu beraten. Alle Anträge wurden einstimmig beschlossen.

Wir sind sehr dankbar, das ausschließlich sachorientiert vorgegangen wurde – zum Wohle unserer Gemeinde.

Der HFA hat die Vorschläge der Fraktionen und des Gemeindevorstandes bewertet. Dies führte auch dazu, dass die Entscheidung zum HH26 auf den heutigen Tag verschoben wurde. Wir wollten der Verwaltung die Möglichkeit geben nach deren Schwerpunkten und Überzeugungen das vorgegebene Ziel zu realisieren.

Ohne strukturelle Ansätze und Verbesserungen ist die finanzielle Situation in Hohenstein nicht zu verbessern. Andernfalls stehen wir in den Folgejahren vor dem Dauerthema Anpassung der Hebesätze. Darüber hinaus ist Haushaltsdisziplin oberstes Gebot. Wenn im HH kein Geld eingestellt ist, ist eine Umsetzung nicht machbar. Und wenn mal eine unvorhersehbare Ausgabe notwendig wird, muss dies im Rahmen des HH finanziert werden und evtl. eine geplante Maßnahme zurückstehen.

Dank gebührt für die transparenten Informationen zu dem vorliegenden Haushaltsentwurf unserem Bürgermeister und Herrn Motz.

Last but not least gilt unser Dank auch dem Gemeindevorstand und allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Gemeinde für die geleistete Arbeit und die Unterstützung der Parlamentarier. Dank auch an alle Kolleginnen und Kollegen dieses hohen Hauses für die konstruktiven Beratungen und Entscheidungen. Deutlich über 90% aller Entscheidungen wurden einstimmig von den Fraktionen beschlossen.

Gerold Köhler